

---

Bernhard Hönicke, Ortsvorsitzender, Friedrich-Ebert-Str. 16, 15344  
Strausberg, Tel.: 03341-3901972, E-Mail: [bernhard.hoenicke@fdp-mol.de](mailto:bernhard.hoenicke@fdp-mol.de)

Strausberg, den 06.02.2011

### **Neujahrsempfang der FDP Strausberg: Vor Ort gut, im Bund geht es besser**

Zum Neujahrsempfang der Strausberger FDP stieß der Ortsvorsitzende Bernhard Hönicke mit rund zwei Dutzend Gäste auf ein erfolgreiches Jahr 2011 an: „Während man in Strausberg gut aufgestellt sei, könne es vor allem im Bund noch besser laufen.“

Der FDP-Kreisvorsitzende Heiko Krause verdeutlichte in seinem Grußwort, was gesundheitspolitisch angesichts einer finanziellen Erblast bereits getan wurde, dass in diesem Jahr die Versorgung und Pflege im Fokus steht. Er ist sich sicher: „Das Handlungsprinzip „Mehr Wettbewerb, weniger Planwirtschaft“ leuchtet insbesondere den Menschen unserer Region ein, wissen sie doch, dass Planwirtschaft in den Ruin führt.“ Die vielen Anrufe aufgebrachter Ärzte, Apotheker und Pharmavertreter machen deutlich, dass es sich bei diesem Prinzip nicht um die oft vorgeworfene Klientelpolitik handelt.

Hans-Peter Goetz als innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion verwies auf die drängenden Themen im Land. Der Brand- und Katastrophenschutz muss angesichts der demografischen Herausforderungen zukunftsfest gemacht werden - die stärkere Einbindung von Migranten wird dabei nicht die Lösung für Brandenburg sein. Die Polizeistrukturreform wird er weiter kritisch begleiten. Als einziger Landespolitiker der letzten 20 Jahren hat er sich persönlich ein Bild von den noch bestehenden 50 Polizeiwachen gemacht hat und kommt zu dem Fazit: „Nirgendwo ist der Zustand der Wachen so katastrophal wie in MOL.“ Als ein weiteres Thema für 2011 sieht er eine umfassende Neubestimmung der Aufgaben und Finanzierung zwischen Land und Kommunen.

Der FDP-Kreistagsabgeordneter Ronny Kelm verdeutlichte die Notwendigkeit einer solchen Funktional- und Finanzreform am Beispiel des Kreishaushalts: „Mit einem „Weiter so“ kommt man auf keinen grünen Zweig“. Er verwies außerdem auf die Wichtigkeit der Bundeswehr als Arbeitgeber in MOL und rief die politisch Verantwortlichen auf, sich für den Erhalt des Standorts Strausberg einzusetzen.

Dem schloss sich Bürgermeisterin Elke Stadeler an und forderte die Landesregierung auf, sich stärker für den Standort Strausberg zu engagieren. Das nicht nachvollziehbare Beharren auf die Altanschießerbeiträge, die auch die Bundeswehr in Millionenhöhe betreffen, sei alles andere als gute Standortpolitik. Neben dem Seelower Kreishaushalt und die Kreisumlage blickt sie auch auf den hiesigen Haushalt mit Sorge.

Der Stadtverordnete Robert Krause knüpfte an die Ausführungen der Bürgermeisterin an und sieht die Gefahr „den Haushalt mitten im Aufschwung gegen die Wand zu fahren“. Er sprach sich für Transparenz und Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik aus, auch wenn Anträge dazu im letzten Jahr mehrmals an Rot-Rot gescheitert seien.

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Hönicke